

Tobias Escher

Mobilisierung zu politischer Partizipation durch das Internet: Erwartungen, Erkenntnisse und Herausforderungen der Forschung

Abstract: This article is focusing on the state of research into the extent to which the opportunities for information, communication and participation opened up by the Internet have led to greater mobilisation of the public for political participation. After briefly presenting the diversity of conflicting expectations towards the Internet's role for the political process, the article discusses the relevance of digital media as a means for mobilising greater and more equal political participation from a liberal-representative perspective on democracy. At the core of the article is a discussion of the last 15 years of research empirically testing the mobilisation hypothesis as well as the theories proposed to explain the observed participation patterns. What becomes clear is that the Internet does indeed slightly increase rates of political participation but with few exceptions those newly mobilised come from parts of the population that are already politically active. At the same time, the explanations still exhibit considerable gaps that remain to be closed. To this end future research needs to address a number of challenges which are discussed in the final section of the article.

1. Einleitung

Das Internet mag im Vergleich zu Printmedien, Telefon oder Radio und Fernsehen noch ein junges Medium sein, allerdings ist nach mehr als anderthalb Jahrzehnten der intensiveren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Technologie eine Fülle von Studien entstanden, die in ihrer Dynamik die Erforschung traditioneller Medien in den Schatten stellt (Chadwick/Howard 2009a, 2). Diese wissenschaftliche Leistung wurde nicht zuletzt durch eine Vielzahl teilweise diametral verschiedener Erwartungen an die politische Bedeutung des Mediums motiviert, die in der Frühphase der massenhaften Internetverbreitung bestanden und nach Antworten verlangten. Sie sollen hier zunächst kurz dargestellt werden, um den Fokus dieses Beitrages im Forschungsfeld zu verorten.

Es ist gewissermaßen eine Tradition bei wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema Internet und Politik, die theoretische Debatte zu den postulierten Effekten anhand dreier idealtypischer Positionen zu diskutieren, die hier mit Netzoptimisten, Netz-Normalisten und Netzpessimisten bezeichnet werden sollen (Buchstein 1996; Winkel 2001). Die Erwartungen lassen sich aber

zunächst hinsichtlich der Ebene von politischer Kommunikation unterscheiden, auf der Wirkungen angenommen werden (für ein solches Vorgehen siehe z.B. Vowe/Dohle 2007). Auf der Mikroebene geht es um das individuelle Verhalten von Bürgern und inwieweit sich dies möglicherweise durch das Internet verändert. Hier sind sowohl die noch zu erläuternde Mobilisierungsthese als auch die Thesen nach Verfall von Partizipation und Sozialkapital (Putnam 2000) einzuordnen. In den Bereich der Mesoebene fallen hingegen alle Wirkungsannahmen über Veränderungen von organisierten Interessen, z.B. politischen Parteien oder sozialen Bewegungen. Während die einen die Möglichkeit der Überwindung natürlicher Grenzen für die Bildung von Interessengemeinschaften rühmten (Rheingold 1993), sorgten sich die anderen um Fragmentierung ‚echter‘ Gemeinschaften und die Entstehung von ‚Filterblasen‘ (Pariser 2011; Sunstein 2001), nicht zuletzt durch die Veränderungen von Wissensstrukturen durch alte und neue Gatekeeper wie z.B. Google und Wikipedia. Je nach Perspektive wurde die Vielfalt der Informationen geschätzt (Negroponte 1995) oder vor Informationsüberlastung, Fehlinformationen und einem Mangel an Vertrauen gewarnt (Buchstein 1996; Keen 2007; Noam 2005). Auf der Makroebene finden sich schließlich Annahmen über Veränderungen des politischen Systems und der politischen Öffentlichkeit oder zur notwendigen Regulierung des Internets. So bietet die Technologie den Anhängern direkter Demokratie die Chance, wieder ‚die echte‘ Demokratie einzuführen (Barlow 1996; Budge 1996; Grossman 1995). Anderen wiederum stellt gerade dies die größte Gefahr für unreflektierte und für Lobbyismus anfällige Entscheidungen dar. In Bezug auf die politische Öffentlichkeit hofften Optimisten auf Vielfalt und Dezentralisierung von Medien und Meinungen (Negroponte 1995), während die Pessimisten Kommerzialisierung, Zentralisierung und Anfälligkeit für Lobbyismus und Populismus erwarteten sowie eine zunehmende Polarisierung (Buchstein 1996). Schließlich böten die neuen Technologien nicht nur die Möglichkeit neuer Öffentlichkeiten, sondern auch größerer Überwachung (Morozov 2011).

Komplementär zu dieser Vielfalt an Erwartungen hat sich in den letzten 15 Jahren eine Vielzahl von wissenschaftlichen Arbeiten mit den möglichen Folgen der verstärkten Nutzung des Internets für politische Prozesse beschäftigt. Mittlerweile gibt es eine große Zahl an wissenschaftlichen Studien sowie eine Reihe von Zeitschriften, die sich speziell diesen Zusammenhängen widmen.¹ Diese Vielfalt wurde nicht zuletzt dadurch befördert, dass es bei dieser Thematik für eine große Zahl unterschiedlicher Disziplinen Anknüpfungspunkte gibt. Im Rahmen politischer Kommunikation ist das Internet für die Kommunikationswissenschaften und die Politikwissenschaften gleichermaßen relevant. Aber auch die politische Soziologie interessiert sich beispielsweise für die Struktur politischer Beteiligung im Netz. Beteiligungsverfahren stehen zugleich im Fokus von Forschern aus dem Bereich der Stadtplanung, der Forschung zu Umwelt und Nachhaltigkeit sowie von Verwaltungs- und Managementwissenschaften. Eine angemessene Darstellung des gesamten Forschungsstandes zum Gebiet Internet und Politik ist daher im Rahmen eines einzelnen Überblicksartikels nicht möglich. Daher wird

¹ Beispielshaft seien hier das *Journal of Information Technology & Politics, Policy & Internet* oder das *eJournal of eDemocracy and Open Government* genannt.

sich dieser Beitrag im Folgenden auf einen Teil des Forschungsgebietes beschränken, um diesen dann in angemessener Tiefe wiederzugeben. Dabei soll die in vielen Forschungskontexten zentral diskutierte Frage nach der Rolle des Internets für die Mobilisierung von Bürgern zur politischen Partizipation im Mittelpunkt stehen, insbesondere die empirische Prüfung und Erklärung der ‚Mobilisierungshypothese‘, die von einer stärkeren Partizipation aufgrund der Möglichkeiten des Internets ausgeht.

2. Mehr politische Beteiligung durch das Internet: Die Mobilisierungshypothese

Wie eingangs beschrieben, lassen sich für Mikro-, Meso- und Makro-Ebene jeweils spezifische Wirkungsmöglichkeiten unterscheiden. Deren Interpretation als erwünschte oder unerwünschte Wirkung, als Hoffnung oder als Befürchtung, hängt davon ab, was normativ als erstrebenswert betrachtet wird. Im Zusammenhang mit Politik fußt die jeweilige Interpretation der technischen Möglichkeiten und der damit verbundenen Effekte daher immer auf einem bestimmten Verständnis von Demokratie. Ob beispielsweise die gegenbenenfalls schwindende Relevanz von etablierten Wissenseliten und Informationsvermittlern wie professionellen Journalisten Gefahr oder Verheißung bedeutet, hängt entscheidend davon ab, inwieweit Bürger als mündig und kompetent genug wahrgenommen werden frei und selbständig zu entscheiden (wie im Sinne partizipatorischer Demokratietheorien), oder ob sie eher als Personen wahrgenommen werden, die der Lenkung und Leitung bedürfen (wie beispielsweise in der Sicht der Anhänger der Elitendemokratie). Eine ausführlichere Diskussion unterschiedlicher Demokratievorstellungen und der jeweils damit verbundenen Schwerpunktsetzung in der Auseinandersetzung mit möglichen Interneteffekten findet sich zum Beispiel bei Dahlberg (2011) und Zittel (2010). Allerdings sind bei den Vertretern dieser Erwartungen diese Demokratievorstellungen häufig nur implizit, wie Barber (1997, 224) argumentiert: „The trouble with the zealots of technology as an instrument of democratic liberation is not their understanding of technology but their grasp of democracy.“

Im Folgenden wird ein liberales Demokratiemodell zu Grunde gelegt, das Repräsentation nicht grundsätzlich in Frage stellt. Aus dieser Perspektive sind vor allem die Möglichkeiten zur Nutzung der neuen Medien für eine stärkere Interaktion zwischen Bürgern und Repräsentanten von Interesse, da dadurch die Responsivität des repräsentativen Systems erhöht werden kann. Damit orientiert sich die Herangehensweise an den bestehenden Realitäten. Diese sind einerseits durch repräsentative Systeme geprägt, andererseits durch das Vorhandensein einer Technik, die vor allem die Modernisierung repräsentativer Demokratieformen ermöglicht, während Formen von ausgedehnter Online-Deliberation oder direkter Demokratie schon rein technisch größere Herausforderungen darstellen (Zittel 2010, 40f.). Eine solche Sichtweise entspricht der in der Forschung dominanten Perspektive auf Internet und Demokratie (Dahlberg 2011; Grunwald et al. 2006; Zittel 2010, 22).

In diesem Zusammenhang konzentriert sich der Beitrag auf die analytische Mikroebene und geht der empirischen Evidenz für beziehungsweise gegen die *Mobilisierungshypothese* nach. Diese geht davon aus, dass internetvermittelte Kommunikation mehr Bürgerinnen und Bürger zu politischer Partizipation mobilisiert, und zwar erstens in größerer Zahl, und zweitens in größerer soziodemographischer Diversität (Norris 2000, 121). Politische Partizipation wird hier verstanden als freiwillige Aktivität, mit dem Ziel mittelbar oder unmittelbar Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. In der Partizipationsforschung schließt das gewöhnlich Aktivitäten wie das Wählen, die Teilnahme an Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen, die Kontaktaufnahme mit Politikern, die Mitarbeit in Parteien oder das Spenden für politische Zwecke ein. Die Mobilisierungshypothese geht davon aus, dass bislang politische passive Bürger mit der Nutzung des Internets beginnen, solche Aktivitäten auszuüben – sei es, indem sie direkt online partizipieren, wie z.B. durch eine E-Mail an einen Politiker oder eine politische Online-Spende, oder indem sie – motiviert durch das Internet, z.B. durch Informationen, die im Netz gefunden wurden – in einer traditionellen Form offline partizipieren.

2.1 Relevanz der Mobilisierungshypothes

Die Mobilisierungshypothese entfaltet ihre Relevanz vor dem Hintergrund einer Reihe von empirischen Symptomen, die unter dem hier eingenommenen normativen Standpunkt als krisenhaft gedeutet werden. Eines dieser Symptome ist ein stetig sinkendes Vertrauen in die nationalen Institutionen der Demokratie – wenn auch nicht der Demokratie an sich (Hansard Society 2012; Inglehart 1999; Norris 1999; Schäfer 2010). Weiteres Symptom ist das empirisch vielfach belegte Faktum, dass sich abgesehen von Wahlen in der Regel nur eine Minderheit politisch engagiert, die sich zudem soziodemographisch deutlich vom Bevölkerungsdurchschnitt abhebt. So sind Personen mit hoher Bildung, hohem Einkommen und mittleren Alters deutlich überrepräsentiert, während einkommensschwache und bildungsferne Schichten, Jugendliche oder Rentner deutlich unterdurchschnittlich partizipieren – und diese Partizipationsmuster sind seit Jahrzehnten überaus stabil (Barnes 1979; Bödeker 2012; Parry et al. 1992; Schäfer 2010; Steinbrecher 2009; Verba et al. 1995).

Zwar herrscht über das notwendige Maß politischer Partizipation innerhalb der liberal-repräsentativen Demokratiemodelle keine Einigkeit, allerdings haben seit den 1970ern im Rahmen eines ‚participatory turn‘ partizipatorische Demokratietheorien an Relevanz gewonnen, die die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen postulieren (Barber 1984; Habermas 1992; Pateman 1970). Die damit verbundenen Erwartungen sind vielfältig und reichen von einer Verbesserung politischer Entscheidungen oder zumindest effizienteren Lösungen, zu stärkerer Inklusion, der Ermöglichung von Deliberation, Verbesserung der Akzeptanz und damit der Legitimation von Entscheidungen sowie der Förderung demokratischer Fähigkeiten und Einstellungen (Geissel/Newton 2012). Einem solchen Demokratieverständnis wird hier gefolgt. Aus diesem Demokratieverständnis heraus ergibt sich aber

nicht nur die Forderung nach einer höheren Rate politischer Beteiligung, sondern auch nach größerer politischer Gleichheit. Für politische Partizipation bedeutet dies, dass möglichst alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen politisch aktiv sein sollten. Je mehr die gesellschaftliche Vielfalt in Partizipation abgebildet wird, desto eher entspricht sie dem Grundsatz politischer Gleichheit, denn es liegt auf der Hand, dass vor allem solche Interessen Gehör finden, die von Beteiligten an die Repräsentanten herangetragen und vertreten werden. Diejenigen, die nicht auf ihre Belange aufmerksam machen, laufen eher Gefahr ignoriert zu werden.

Zusammengefasst ergibt sich aus dieser normativen Perspektive, dass sowohl zu geringe Grade an Partizipation, als auch zu selektive Partizipation die Demokratie gefährden (Dahl 1989; Lijphart 1997; Macedo 2005; Merkel/Petring 2011; Verba et al. 1995). Wie weiter oben geschildert, stellt sich die Realität moderner Demokratien westlicher Provenienz jedoch eindeutig anders dar. So bleiben vor allem jene Bevölkerungsgruppen passiv, denen man aufgrund ihres sozialen Status eventuell höhere Beteiligungsmotivation zuschreiben würde, z.B. Personen mit niedriger Bildung oder geringem Einkommen oder Arbeitslose. Nicht erst mit der massenhaften Verbreitung des Internets richten sich die Hoffnungen auf Ermöglichung von mehr und anderen Partizipationsprozessen auf digitale Informations- und Kommunikationstechnologien (Dutton 1992; Krauch 1972; Laudon 1977; Vowe/Wersig 1983). Die Debatte hat aber an Intensität gewonnen, denn mittlerweile stehen der Mehrheit der Bevölkerung zumindest die technischen Mittel zur Verfügung. Aber in welcher Form kann das Internet dabei eine positive oder negative Rolle spielen?

2.2 Potentiale und Risiken der Internets zur Mobilisierung

Basierend auf Erklärungsansätzen für politische Partizipation wird einerseits die Senkung von Partizipationskosten und damit einer Verringerung der zu Partizipation notwendigen Ressourcen erwartet, andererseits wird eine Erhöhung der Motivation zur Beteiligung postuliert. Indem das Internet Partizipation vom heimischen Computer aus ermöglicht (z.B. Online-Abstimmung), benötigen diese Aktivitäten weniger Zeit und Geld. Neue Formen von Partizipation könnten nicht nur Kosten senken (z.B. ist die E-Mail an den Repräsentanten billiger als der Brief), sondern auch die Motivation erhöhen, beispielsweise durch direktes Feedback zur Partizipation. Zudem könnte die Vielzahl politischer Informationen im Netz zu einem erhöhten Interesse und damit zu Partizipation führen. Nicht zuletzt bieten die Möglichkeiten des Mediums zur Organisation von Gruppen vielfältige Möglichkeiten zur Mobilisierung, wie diverse Aktionen sozialer Netzwerke oder Kampagnenplattformen belegen.

Diesen Potentialen stehen jedoch auch Risiken gegenüber. So benötigen die Bürgerinnen und Bürger in dieser neuen Partizipationswelt auch neue Fähigkeiten, die wiederum ungleich verteilt sind. Dadurch könnten die positiven Effekte wiederum selektiv nur bestimmten sozialen Gruppen zu Gute kommen – unter Umständen solchen, die bereits jetzt schon bei partizipativen Aktivitäten überrepräsentiert sind. Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, das gerade weniger

institutionalisierte Partizipationsformen besonders stark durch soziale Ungleichheit gekennzeichnet sind (Böhnke 2011; Deth 2006; Merkel/Petring 2011; Schäfer 2010), muss von ähnlichen Effekten bei neuen Partizipationsformen über das Internet ausgegangen werden. Auch können die einfacheren Formen der Partizipation die Aufwendigeren verdrängen. Weiterhin erhöht das Internet an sich nicht automatisch das politische Interesse, wohl aber die Möglichkeiten, sich abseits von Politik zu beschäftigen (Prior 2005).

Theoretisch lassen sich also sowohl (hier als positiv bewertete) Effekte annehmen, die zu einer höheren Rate von politischer Partizipation oder einem größeren Grad an Repräsentativität führen, als auch (hier negativ bewertete) Effekte, die zu weniger Beteiligung insgesamt oder stärker sozial selektiver Beteiligung führen könnten. Inwieweit sich die positiven, aber auch die negativen Erwartungen empirisch bestätigt haben, ist im folgenden Abschnitt zu diskutieren, der zusammenfasst, welche Erkenntnisse die bisherige Forschung zum Zusammenhang zwischen Internet und politischer Mobilisierung erbracht hat.

3. Die Mobilisierungshypothese in der empirischen Überprüfung

Die mittlerweile sehr große Zahl an wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit verschiedenen der eingangs erwähnten Aspekte im Verhältnis von Internet und Politik beschäftigen, lässt leicht übersehen, dass die Forschung dazu noch relativ jung ist. Das liegt nicht nur darin begründet, dass sich der Gegenstand der Forschung, d.h. das Internet, erst in den 1990ern massenhaft zu verbreiten begann. Gerade zu Beginn dieses Diffusionsprozesses wurde auf wissenschaftlicher Seite die Relevanz des Internets für den politischen Prozess zu wenig wahrgenommen, wie Chadwick und Howard (2009a, 3) kritisieren. Mittlerweile hat sich das geändert und insbesondere die Frage, wie sich die Möglichkeiten des Internets auf die Mobilisierung zur politischen Partizipation auswirken, hat sich zu einem der Kernforschungsgebiete im Zusammenhang zwischen Internet und Politik entwickelt (Chadwick/Howard 2009b; Jorba/Bimber 2012). Die folgende Diskussion des Forschungsstandes zur empirischen Bewertung der Mobilisierungshypothese hat zum Ziel, alle wesentlichen Ergebnisse und Entwicklungen in der Auseinandersetzung mit dieser Fragestellung wiederzugeben. Dazu wurden systematisch die Werke wichtiger Autoren (Bimber/Copeland 2013; Boulianne 2009; 2011; Cantijoch et al. 2011; Emmer et al. 2011; Gibson et al. 2005; Jorba/Bimber 2012; Kubicek et al. 2011; Kubicek 2010; Vowe/Dohle 2007; Zittel/Freund 2011; Zittel 2010) gesichtet, und anhand dessen die Beiträge identifiziert, die in der Debatte immer wieder zitiert werden. Dabei wurde versucht, sowohl den angelsächsischen als auch den deutschen Kontext zu berücksichtigen sowie verschiedene Disziplinen (Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft, Stadtplanung) einzubeziehen. Damit versteht sich dieser Beitrag aber ausdrücklich nicht als Zensus aller bislang zum Thema erschienenen Arbeiten. Eine solche quantitative Auswertung kann andere Fragen beantworten (zum Beispiel über das genaue Ausmaß und

den zeitlichen Verlauf bestimmter thematischer Schwerpunkte oder methodischer Ansätze), die an dieser Stelle jedoch keine Rolle spielen sollen.

Im Folgenden wird der Forschungsstand zur Mobilisierungshypothese aus zwei Perspektiven betrachtet. Zum einen, inwieweit sich insgesamt die Rate an Personen erhöht, die in irgendeiner Form politisch partizipieren. Zum anderen, ob sich dadurch das soziodemographische Profil der politisch Aktiven verändert.

3.1 Mobilisierung von mehr politischer Partizipation

Den Beginn der wissenschaftlichen Erforschung der Mobilisierungshypothese markieren eine Reihe von Studien aus den USA, die Effekte des Internets auf traditionelle Formen von politischer Partizipation untersuchten, wie beispielsweise auf die Teilnahme an Wahlen oder die Beteiligung an anderen politischen Offline-Aktivitäten. Diese Studien stellten weder Anzeichen für eine Mobilisierung noch für eine Abkehr von den klassischen Formen politischer Partizipation fest (Bimber 2001; 2003; Jennings/Zeitner 2003; Scheufele/Nisbet 2002). Der anfängliche Fokus auf die Situation in den Vereinigten Staaten ergab sich daraus, dass dort sowohl die technische Verbreitung und inhaltliche Anwendung des Internets, als auch die wissenschaftliche Forschung am weitesten fortgeschritten waren. Mit der Jahrtausendwende wurden diese Studien aber auch außerhalb der USA repliziert, zunächst insbesondere in Großbritannien (Curtice/Norris 2004). Insgesamt zeichneten die Befunde der frühen europäischen Studien das für die USA beschriebene Bild nach. So zogen Ward und Vedel (2006, 215) folgende Bilanz für Großbritannien: „[T]he Internet per se is unlikely to stimulate widespread mobilisation or participation.“ Damit waren die frühen Befunde ernüchternd sowohl für die Netzoptimisten als auch für die Netzpessimisten. In der Folge führten sie zum Erstarken der Normalisierungshypothese, die Gibson et al. (2005, 561) so zusammenfassen:

„This theory held that rather than affecting any major changes in the rate or quality of democratic participation, the Internet was simply reproducing and thereby reinforcing existing social biases in participation.“

Mit fortschreitender Forschung zeichnete sich jedoch ab, dass diese Annahmen verfrüht waren. Stattdessen erbrachten immer mehr weiterführende Studien Hinweise auf Mobilisierungseffekte durch das Internet. Am umfassendsten wird dies in der Arbeit von Boulianne (2009) deutlich, die insgesamt 38 US-amerikanische Studien zum Verhältnis von Internetnutzung und politischer Partizipation einer Metaanalyse unterzogen hat. Die Mehrzahl der in diesen Studien dargestellten signifikanten Effekte zeigt einen positiven Einfluss von Internetnutzung auf politische Partizipation (Hardy/Scheufele 2005; Johnson/Kaye 2003; Kenski/Stroud 2006; Quan-Haase et al. 2002; Rice/Katz 2004; Shah et al. 2005; Weber et al. 2003; Wellman et al. 2001; Xenos/Moy 2007). So konnte zum Beispiel gezeigt werden, dass Internetnutzung die Wahlbeteiligung erhöht, auch nachdem für sozio-ökonomische Eigenschaften und politisches Interesse kontrolliert wurde (Mossberger et al. 2008; Tolbert/McNeal 2003). Die Befunde aus den USA

werden auch durch jüngere Untersuchungen in Europa gestützt, die zwar keine umfassende, aber immerhin eine partielle Mobilisierung für einen kleinen Teil der Befragten feststellen konnten (di Gennaro/Dutton 2006; Gibson et al. 2005; Kroh/Neiss 2012).

Diese neueren Ergebnisse gehen zum Teil zurück auf eine weiterentwickelte Methodik: Einerseits basierten gerade in der Frühphase der Forschung viele der beobachteten Effekte auf methodisch problematischen Studien, die zum Beispiel Online-Umfragen mit Selbstselektion der Teilnehmer nutzen, statt einer Zufallsauswahl aller Bürgerinnen und Bürger (Boulianne 2009). Andererseits differenzierten die Studien stärker die unabhängigen und die abhängigen Variablen ihrer Untersuchung. Zunächst wich die Fixierung auf traditionelle, ausschließlich offline stattfindende Formen von Partizipation einer stärkeren Berücksichtigung der Möglichkeiten politischer Beteiligung über das Internet. Als politische Partizipation wurde nicht mehr nur der Brief an den Politiker gewertet, sondern auch die E-Mail, nicht mehr nur die Unterschriftenliste auf Papier, sondern auch die Online-Petition, und analog eine Reihe weitere Online-Entsprechungen traditioneller Partizipation. Vor allem aber beschränkten sich die Untersuchungen nicht mehr darauf, mögliche Effekte der Nutzung des Internets (oder lediglich des Internetzugangs) auf politische Beteiligung zu prüfen, sondern differenzierten zunehmend stärker nach Nutzung konkreter Internetanwendungen. Die Relevanz einer stärkeren Differenzierung der Art der Internetnutzung lässt sich an Bouliannes (2009) systematischem Vergleich beobachten: Studien, die als unabhängige Variable nicht den Einfluss von Internetnutzung an sich, sondern die Nutzung von Online-Nachrichten untersuchten, fanden in der Regel größere positive Effekte auf Mobilisierung. Mittlerweile setzt sich dieser stärker differenzierende Ansatz in aktuelleren Studien durch (Bimber/Copeland 2013; Boulianne 2009; Cantijoch et al. 2011; Emmer et al. 2011; Oser et al. 2013; Polat 2005; Zittel/Freund 2011). Ergänzt werden diese neueren Studien durch international vergleichende Arbeiten, die sowohl für mehr als auch für weniger entwickelte Demokratien eindeutig positive, wenn auch kleine Effekte zur Mobilisierung feststellen (Jorba et al. 2012).

Jedoch sind selbst bei größerer Differenzierung der Erhebungsinstrumente und langfristigerer Untersuchung die Ergebnisse nicht immer uneindeutig. Zum Beispiel startete in Deutschland im Jahre 2002 eine der seltenen Langzeitstudien, die bis 2009 die Nutzung und Nicht-Nutzung des Internets zur politischen Kommunikation untersuchte (Emmer et al. 2011). Deren abschließendes Fazit lautete, dass es keine Anzeichen einer erhöhten Partizipation von Bürgern aufgrund der Nutzung des Internets gibt – weder online noch offline. Allerdings konnte für vereinzelte Wellen durchaus Mobilisierungseffekte im Zusammenhang mit (verbessertem) Internetzugang festgestellt werden (Emmer et al. 2011, 210).

Damit ließe sich zunächst festhalten, dass die anfänglich geäußerten Befürchtungen einer größeren politischen Apathie der Bürger in keinem Fall zutreffend erscheinen, denn so gut wie keine Studie stellte eine Abnahme der politischen Partizipation fest, die ursächlich auf das Internet zurückzuführen wäre. Stattdessen finden sich zahlreiche Belege für die Mobilisierungshypothese, allerdings

dämpfen die insgesamt sehr kleinen Effekte die ursprünglichen Hoffnungen auf eine weitreichende Mobilisierung der Bevölkerung.

3.2 Mobilisierung von unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen

Welche Rolle spielt das Internet neben dem Ausmaß der Partizipation für den zweiten hier betrachteten Aspekt, nämlich der Struktur politischer Partizipation? Kommt es durch die Möglichkeiten des Internets zu Veränderungen der soziodemographischen Zusammensetzung der politisch Aktiven? Und wenn dies der Fall ist, entspricht diese der normativen Erwartung der Mobilisierungshypothese, dass mehr Menschen mit geringerer Bildung, geringerem Einkommen und Jüngere häufiger politisch partizipieren?

Die Forschung zu dieser Frage hat sich vor allem auf die Struktur der Personen konzentriert, die das Internet direkt zur politischen Beteiligung nutzen. Die Kernergebnisse bisheriger Studien lassen sich dabei folgendermaßen zusammenfassen: Die Nutzung des Internets für politische Partizipation geschieht vorrangig durch Männer, die über hohe Ressourcen in Form von Bildung und Einkommen verfügen, und die zusätzlich hohes politisches Interesse mitbringen. Diese Befunde sind deutlich sowohl in den USA (Best/Krueger 2005; Oser et al. 2013; Schlozman et al. 2010; Weber et al. 2003; Xenos/Moy 2007) als auch darüber hinaus (di Gennaro/Dutton 2006; Emmer et al. 2011; Gibson et al. 2005; Kroh/Neiss 2012; Norris 2001; Scherer 1998; Siedschlag et al. 2002). Dies spiegelt auch die Erkenntnisse früherer Forschung zu sogenannten „civic technologies“ wieder, die ebenfalls keinerlei Mobilisierung der unterrepräsentierten Schichten beobachten konnten (Laudon 1977).

Die wenigen positiven Befunde betreffen vor allem die online höhere politische Partizipation von Jugendlichen. Beispielhaft dafür sind die Ergebnisse einer PEW Studie aus dem Jahr 2008 (Schlozman et al. 2010). Dabei wurde festgestellt, dass die individuellen sozioökonomischen Eigenschaften online genauso wie offline die Partizipation bestimmen, dass aber das Alter einen geringeren Einfluss auf politische Online-Partizipation hat, als auf traditionelle Partizipation. Diese überdurchschnittlich hohe politische Partizipation von Jugendlichen über das Internet ist vielfach belegt und damit einer der wenigen positiven Befunde zur Bedeutung des Internets für größere soziale Gleichheit bei politischer Partizipation (Best/Krueger 2005; Curtice/Norris 2004; di Gennaro/Dutton 2006; Emmer et al. 2011; Fütting 2010; Gibson et al. 2005; Oser et al. 2013; Quintelier/Vissers 2008; Smith 2009).

Daraus kann man schließen, dass zumindest die Beteiligung, die direkt online stattfindet, derzeit nicht dazu beiträgt, die Beteiligungsklüfte zu verringern. Stattdessen wäre angesichts der online zu beobachtenden stärkeren Ungleichheiten, zum Beispiel bei Bildung, Einkommen und Geschlecht, eher davon auszugehen, dass politische Partizipation insgesamt generell ungleicher wird. Offenbar ist dies aber nicht der Fall, denn stattdessen sind die Muster politischer Beteiligung – mit Ausnahme der geringer werdenden Geschlechterlücke – seit Jahrzehnten überaus stabil. Das zeigt für den Fall Deutschlands zum Beispiel die Panelstudie zur politischen Kommunikation von Emmer et al. (2011). Sie deckt gerade

die Jahre ab, in denen das Internet in Deutschland zum Massenphänomen wurde und zeigt keine signifikanten Veränderungen des Profils der politisch aktiven Bevölkerung.

Daraus lassen sich drei Schlussfolgerungen ableiten. Erstens sind die Hoffnungen auf eine Verbesserung politischer Partizipation im Sinne einer weitreichenden Annäherung des Profils der politisch aktiven und der politisch passiven Bevölkerung zumindest vorerst vergebens. Zweitens führt die politische Nutzung des Internets – trotz der beobachteten teils gravierenden Ungleichheiten – nicht automatisch zu einer Verschlechterung der politischen Gleichheit insgesamt. Da wie oben beschrieben offenbar nur wenige Personen zusätzlich mobilisiert werden, ist davon auszugehen, dass sich im Großen und Ganzen nach wie vor dieselben Personengruppen politisch beteiligen, die schon immer aktiv waren. Stattdessen kann man allem Anschein nach vor allem eine Ausdifferenzierung beobachten, bei der die Gruppe traditionell politisch Aktiver sich aufteilt in die ressourcenstärkeren Nutzer von Online- (und auch Offline-)Partizipation, und die ressourcenärmeren Personen, die ausschließlich offline partizipieren. Drittens können in Anbetracht des in großem Maße stabilen Profils politischer Aktiver zudem weitreichende indirekte Effekte des Internets auf politischer Beteiligung ausgeschlossen werden. So wäre es zwar theoretisch möglich, dass das Internet z.B. über das zur Verfügung stellen von Information online zur Offline-Mobilisierung bislang passiver Personen führt. Diese Mobilisierung würde sich zwar nicht in den Studien zeigen, die sich ausschließlich auf Online-Partizipation fokussieren, hätte sich dann aber in der Struktur der politischen Beteiligung insgesamt wiederfinden müssen.

Der Überblick über einschlägige Studien hat verdeutlicht, dass mittlerweile ein umfassendes Wissen vorhanden ist, das als empirisch gesichert gelten kann. Das schließt leichte Mobilisierungseffekte ein, die besonders für die junge Generation deutlich sind. Gleichzeitig ist klar geworden, dass diese Effekte immer wieder stark variieren – von Land zu Land, von Zeitpunkt zu Zeitpunkt, von Thema zu Thema, von Gruppe zu Gruppe. Das Hauptproblem der gegenwärtigen Forschung liegt im Bereitstellen von Erklärungen für die beobachteten Effekte und deren Varianz. So stellen zum Beispiel Anduiza et al. (2012, 1) fest:

„Research from the United States and United Kingdom over the past fifteen years shows an increasingly positive relationship between internet use and levels of political engagement. Although the effect might be small at times, more evolutionary than revolutionary, and require certain conditions, it is rarely contested that digital media have an impact on civic and political involvement. [...] However, the mechanisms by which internet use makes political engagement more probable remain somewhat elusive.“

4. Der Einfluss des Internets auf politische Partizipation: Erklärungsansätze

Während gerade die frühen optimistischen Szenarien (siehe z.B. Barlow 1996; Grossman 1995; Negroponte 1995; Rheingold 1993) eher spekulativ waren und weniger darauf abzielten, Erklärungen für ihre Erwartungen zu formulieren, so wird aus ihnen doch ein starker techniddeterministischer Glaube deutlich (Agre 2002; Winkel 2001). Diese Ansichten ignorierten beispielsweise die Erkenntnisse der politischen Partizipationsforschung (für eine entsprechende Kritik siehe Polat 2005). Jedoch wurde bereits mit dem Erstarken der Normalisierungshypothese zu Beginn des 21. Jahrhunderts stärker die Rolle der Aneignung der technischen Möglichkeiten durch die Nutzer betont (Agre 2002; Barber 1998; Fuchs 2007; Margolis 2000; Norris 2001; Siedschlag 2003). Diese Perspektive orientierte sich einerseits an den Erklärungen zu politischer Partizipation (Steinbrecher 2009; Verba et al. 1995) und andererseits an den Erkenntnissen zu Öffentlichkeit und politischer Kommunikation (Bimber 2003; Dahlgren 2005). Auf der Mikroebene gehen sie im Grundverständnis von rational handelnden Individuen aus, die ihre Entscheidung zur Partizipation aufgrund von erwarteten Kosten und erwartetem Nutzen treffen – wobei der Nutzen nicht zwangsläufig ökonomischer Natur sein muss (Emmer et al. 2011; Ward et al. 2003; Zittel/Freund 2011). Daher konzentrieren sich die Erklärungsansätze auf Veränderungen in den vorhandenen Ressourcen zur Partizipation und den Motiven zur Partizipation.

4.1 Veränderung in den Ressourcen zur Partizipation

Wendet man sich zunächst der Frage zu, wie die Möglichkeiten des Internets die zur Partizipation notwendigen Ressourcen beeinflussen, dann rückt nicht eine Verringerung, sondern eine zusätzliche Anforderung an Ressourcen in den Blick. Denn damit das Internet überhaupt eine Wirkung entfalten kann – sei es direkt, indem es zur Beteiligung genutzt wird, oder indirekt, indem es zum Beispiel durch zusätzliche Informationen zu mehr traditioneller Beteiligung führt – ist der Zugang zum Medium Grundvoraussetzung. Darum konzentrierte sich die Forschung zu den Determinanten politischer Online-Partizipation anfangs vor allem auf die Zugangsvoraussetzungen zum Netz. In der Frühzeit der Verbreitung wurde deutlich, dass vor allem die Personengruppen mit hohem Einkommen und hoher Bildung über Zugang verfügten, ganz ähnlich wie bei der politischen Beteiligung (Norris 2001), wie beispielsweise Schlozman et al. (2010, 489) hervorheben:

„But what is critical for our concern with participatory inequalities is not simply that some Americans have been left out of the technological advances of recent decades but that the contours of the digital divide hew so closely to the socio-economic stratification that has been widely observed as characteristic of political activity in the United States.“

Damit ist es keine Überraschung, dass die anfangs beobachteten Nutzungsmuster von Online-Partizipation durch hohe soziale Ungleichheit geprägt waren. Allerdings kamen mit zunehmender Verbreitung des Netzes auch verstärkt bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen in Kontakt mit dem Internet, ohne dass sich dadurch die Muster politischer Beteiligung dramatisch verändert hätten. Damit verlagerte sich die Forschung von der digitalen Spaltung zwischen Internetnutzern und Nicht-Nutzern hin zur Frage der digitalen Ungleichheit zwischen Internetnutzern (DiMaggio et al. 2001). Dabei geht es um Unterschiede in den Nutzungsvoraussetzungen, das heißt um Fähigkeiten zur Nutzung der digitalen Technologie, zur gezielten Suche von Informationen und schließlich auch zum strategischen Einsatz für bestimmte Ziele (van Dijk 2005; 2012). Hier ist auch der Hauptgrund für die weiterhin aus Sicht der Mobilisierungshypothese unbefriedigenden Partizipationsmuster zu suchen, denn dieselben Faktoren, die für einen Zugang zum und eine effiziente Nutzung des Netzes sorgen, determinieren auch politische Partizipation (Best/Krueger 2005; Norris 2001; van Dijk 2005; 2012). Mit anderen Worten, dieselbe soziale Schicht von Bürgern, die eine größere Wahrscheinlichkeit aufweist, politisch zu partizipieren, nutzt auch effektiver das Internet. So fassen Marr und Zillien (2010, 227) die Forschung folgendermaßen zusammen:

„Als zentrale These gilt, dass jene, die in ökonomischer, kultureller oder sozialer Hinsicht eine bessere Startposition einnehmen, das Internet jeweils so einsetzen, dass sie ihre Stellung festigen oder gar verbessern können, wodurch auf gesellschaftlicher Ebene soziale Ungleichheiten reproduziert beziehungsweise verstärkt werden.“

Insgesamt ist der Einfluss des Internets auf die Ressourcen zur Partizipation damit in der Tendenz weniger positiv, als es die anfänglichen Hoffnungen auf verringerte Partizipationskosten vermuten ließen. Zwar sehen die Nutzer Online-Partizipationsmöglichkeiten tatsächlich als weniger aufwendig und weniger anspruchsvoll an, jedoch nur in geringem Maße (Emmer et al. 2011, 257).

4.2 Veränderungen in den Motiven der Partizipation

Damit rücken verstärkt die Motive als Ursache für (Nicht-)Partizipation in den Blick, wie Jorba und Bimber (2012, 22) feststellen:

„If anything has been shown in a decade of research on digital media in the Unites States, it is that the effects on political participation and civic engagement are connected to people’s attitudes, interest, and motivation rather than simply to reduced transaction costs or easier access to information.“

Zunächst einmal gilt es zu berücksichtigen, dass politisches Interesse nach wie vor eine wichtige Erklärung für politische Partizipation ist und gleichzeitig auch die Internetnutzung beeinflusst. Bouliannes (2009) Übersicht zeigte, dass Studien, die für den Einfluss des Faktors ‚politisches Interesse‘ kontrollieren, in der Regel

weniger sonstige signifikante positive Effekte finden, als solche, die das politische Interesse außen vor lassen – selbst wenn sie denselben Datensatz und dieselben Variablen nutzen (Bimber 2001; Norris 2001). Zwar hat die Internetnutzung auch einen positiven Effekt auf Partizipation, wenn für politisches Interesse kontrolliert wird, aber es zeigt sich, dass diese Effekte am stärksten sind für jene mit hohem politischem Interesse (Xenos/Moy 2007). Politisches Interesse sorgt also nicht nur dafür, das Internet für politische Partizipation zu nutzen, es sorgt auch dafür, dass es stärker genutzt wird. Im Gegenzug führt das bei Personen mit geringerer Präferenz für Politik dazu, dass diese die große Auswahl an alternativen Internetaktivitäten nutzen und sich anderweitig betätigen anstatt das Internet zur politischen Information und Partizipation zu nutzen (Bonfadelli 2002; Prior 2005). Hier finden sich Anzeichen für Norris' „virtuous circle“ (Norris 2000) bei dem das Internet gerade die Partizipation bei denjenigen erhöht, die bereits aktiv sind. Aus einer Perspektive, die davon ausgeht, dass Medien das politische Engagement abschwächen („video-malaise“), ist das positiv zu bewerten. Im Gegenzug heißt dies jedoch auch, dass die Aktiven noch aktiver werden und damit unter Umständen auch erfolgreicher darin, ihre Interessen durchzusetzen, mit der Folge von noch stärkeren Ungleichheiten.

Gleichzeitig ist aber nicht nur Internetnutzung für Politik abhängig von Motivation: Im Gegensatz zu den Erkenntnissen früher Studien (DiMaggio et al. 2001) kann mittlerweile davon ausgegangen werden, dass auch Internetnutzung selbst diese Motivationen beeinflusst (Lupia/Philpot 2005). So zeigen Colombo et al. (2012) anhand einer Untersuchung von 15 Ländern im Rahmen der European Social Survey, dass Internetnutzung sowohl das politische Interesse erhöht als auch die empfundene politische Selbstwirksamkeit (internal political efficacy). Einen vergleichbaren Effekt weist Boulianne (2011) für die USA nach: Demnach führt die Nutzung von Online-Nachrichten zu erhöhtem politischem Interesse – und dieser Effekt ist stärker als der Einfluss von politischem Interesse auf die Nutzung von Online-Nachrichten. Mit anderen Worten: Durch die Internetnutzung erhöht sich das politische Interesse gerade bei traditionell weniger aktiven Bevölkerungsgruppen, was sich in der Folge auch in stärkerer Partizipation dieser Gruppen auswirken sollte. Wenn diese Ergebnisse in weiteren Studien bestätigt werden, dann könnte davon ausgegangen werden, dass das Internet langfristig möglicherweise doch zu einer Verringerung der Ungleichheiten in den Partizipationsaktivitäten führt.

Damit hat das Internet tatsächlich einen direkten positiven Einfluss auf die Motive zur Partizipation. Darüber hinaus können auch indirekte Wirkungen nachgewiesen werden. So sorgt die Nutzung des Internets für erhöhte politische Informationskommunikation, die sich zumindest teilweise wiederum mobilisierend auf eine Reihe von politischen Partizipationsakten auswirkt (Cantijoch et al. 2011; Emmer et al. 2011; Gil De Zuniga et al. 2009; Shah et al. 2005). Emmer et al. (2011, 302) sprechen hier von einer Wirkungskaskade. Deutlich wird dies beispielsweise beim dem von Marschall (Marschall/Schultze 2012; Marschall 2011) untersuchten Wahl-O-Mat, eine Online-Anwendung der Klasse von „voting advice applications“, die Nutzern anhand der Beantwortung eines Fragebogens aufzeigt, welche politischen Parteien ihnen offenbar nahe stehen und sich für

sie somit zur Wahl empfehlen. Diese Information *online* führt zu Partizipation *offline*, denn offenbar wird ein großer Teil der Personen, die eigentlich nicht zur Wahl gehen wollten, durch die Nutzung des Tools eines Besseren überzeugt.

Insgesamt zeigt sich damit, dass das Internet in der Tat sowohl die Ressourcen als auch die Motivation zur Partizipation in einer Weise beeinflussen kann, die zu einer stärkeren Beteiligung führt. Diese positiven Effekte verstärken sich mit zunehmender Vertrautheit mit dem Internet (di Gennaro/Dutton 2006; Gibson et al. 2005; Jorba et al. 2012). Davon profitieren in besonderem Maße die traditionell privilegierten Bevölkerungsgruppen, die ohnehin zu politischer Partizipation prädestiniert sind, denn diese sind in der Regel erfahrenere Online-Nutzer, da wie oben diskutiert effektive Online-Nutzung ähnlich determiniert ist wie politische Partizipation. In der Summe ergeben sich die beobachteten Ungleichheiten in der Online-Beteiligung. Gleichzeitig sind diese Effekte aber eben nicht auf solche Gruppen beschränkt. Dies zeigt sich bei den bislang bei der jüngeren Generation gefunden größeren Mobilisierungseffekten. Diese erscheinen nämlich weniger an sich altersspezifisch, als vielmehr ein Resultat der intensiveren Nutzung der Online-Medien durch junge Menschen zu sein (Faas/Partheymüller 2011; Fütting 2010; Lusoli/Ward 2005; Norris/Curtice 2008; Smith et al. 2009; Zittel/Freund 2011). Generell sind die Jüngeren deutlich intensivere Online-Nutzer, was unter anderem damit erklärt wird, dass sie einerseits insgesamt innovationsfreudiger und weniger schnell überfordert sind, andererseits auch noch nicht über Routinen verfügen, die sie erst ändern müssten, sondern statt dessen mit den Möglichkeiten des Internets aufwachsen (Jäckel 2010). In diesem Zusammenhang wird auch von ‚digital natives‘ gesprochen (Palfrey/Gasser 2008). Grundsätzlich ist es denkbar, dass es sich bei den Nutzungsgewohnheiten der jüngeren Generation um Lebenszykluseffekte handelt, die mit dem Älterwerden durch traditionellere Nutzungsgewohnheiten ersetzt werden (Emmer et al. 2011, 305). Allerdings wird eher von Generationeneffekten ausgegangen, d.h. dass sich die Nutzungsmuster der jüngeren Generation über die Kohortensukzession durchsetzen werden (Emmer et al. 2011; Jorba et al. 2012; Xenos/Moy 2007). So ist nicht zu erwarten, dass die jüngere Generation ihre Nutzungsgewohnheiten wieder ablegt. Stattdessen sollten sich diese Nutzungsgewohnheiten allmählich durchsetzen, und mit ihnen auch die verstärkte Partizipation.

4.3 Lücken in den bisherigen Erklärungsmodellen

Trotz der oben dargestellten Erkenntnisse bleiben die Erklärungsansätze noch in vielerlei Hinsicht unbefriedigend. Dies wird nicht zuletzt aus verschiedenen Langzeitstudien ersichtlich, die zeigen, dass die dem Internet zugeschriebenen Mobilisierungseffekte über die Jahre beträchtlichen Schwankungen unterworfen sind (Bimber/Copeland 2013; Emmer et al. 2011, 213). So sind offensichtlich noch weitere Einflussfaktoren zu benennen, wie Bimber und Copeland (2013, 136) argumentieren:

„On the basis of the present study, we view the extant literature in a new light, namely that the observed associations between digital media use and traditional participation that others have reported in

fact vary from year to year and event to event, most likely because they are driven by underlying, unmeasured factors.“

Denkbare weitere Einflussfaktoren sind zum Beispiel in den Inhalten der Kommunikation zu suchen (Bimber/Copeland 2013; Emmer et al. 2011, 213). Über die individuellen Eigenschaften und Einstellungen hinaus bestimmen aber auch eine Reihe von Kontextfaktoren das Ausmaß des Online-Effektes. Diese Kontextfaktoren sind sowohl auf der Mesoebene, als auch auf der Makroebene zu suchen, wie nicht zuletzt die vergleichende Forschung klar gemacht hat (Jorba et al. 2012). Auf der Mesoebene sind dabei das Mediensystem und seine Akteure einerseits, sowie politische Organisationen andererseits zu unterscheiden. Die Offenheit und Pluralität des Mediensystems und das Bevölkerungsvertrauen in die etablierten Medien beeinflusst, inwieweit das Internet eine wichtige Rolle für alternative Informationen zu Politik spielt und alternative Beteiligungsmöglichkeiten auch genutzt werden. Vaccari (2012) zeigt am Beispiel Italiens, dass die politische Opposition in besonderer Weise das Internet zur Partizipation nutzt und nutzen muss, da die politische Führung unter dem damaligen Ministerpräsident Berlusconi sowohl staatliche als auch eine Vielzahl privater Medienangebote kontrolliert. Gleichzeitig ist die Bereitschaft politischer Institutionen das Internet zu nutzen oder als Kommunikationsmittel ernst zu nehmen ein entscheidender Faktor in dem Nutzen, den es für Bürgerinnen und Bürger spielen kann und beeinflusst damit mittelbar deren Motivation (Chadwick 2011; Kubicek et al. 2011).

Auf der Makroebene rücken zum Beispiel die Unterschiede zwischen Staaten als Bündel von Faktoren in den Blick, die die individuelle Partizipationsbereitschaft beeinflussen. Für die Rolle, die das Internet bei der Mobilisierung zur Partizipation spielen kann, ist natürlich die Verbreitung der Technologie Grundvoraussetzung. Aber Partizipation mit und durch das Internet kann nicht unabhängig von vorhandenen Partizipationskulturen verstanden werden. Grundsätzlich ist dabei zwischen demokratischen Staaten und autoritären zu unterscheiden. So kann die Rolle als Informationsmedium durch Zensur weitreichend eingeschränkt werden, und damit sind die weiter oben diskutierten indirekten Effekte auf Partizipation schwieriger zu realisieren. Aber auch innerhalb demokratischer Staaten können Partizipationskulturen mehr oder weniger ausgeprägt sein wie in der traditionellen Partizipationsforschung z.B. mit dem Begriff der politischen Kultur bereits seit langem etabliert ist (Almond/Verba 1963). So zeigt z.B. Escher (2013) in seiner Untersuchung der Kontaktaufnahme mit Abgeordneten, dass die Nutzungsunterschiede zwischen Deutschland und Großbritannien auf unterschiedliche Rollenverständnisse der Repräsentanten zurückzuführen sind, die ihre Ursache wiederum in speziellen Eigenschaften des politischen Systems wie z.B. dem Wahlrecht haben. Schließlich beeinflussen neben den kulturellen und systemischen Unterschieden kurzfristigere Faktoren wie der Verlauf von Wahlkämpfen oder die jeweils aktuelle politische Agenda die individuelle Motivation zur Partizipation.

Allerdings ist die bisherige Forschung weit davon entfernt, die Vielzahl dieser Einflussfaktoren und -mechanismen systematisch aufzuarbeiten und zu verste-

hen. Zwar wird Online-Partizipation häufig mit dem Ziel der Mobilisierung von Bürgern zu politischer Partizipation eingesetzt, jedoch wissen wir momentan noch sehr wenig darüber, welche digitalen Anwendungen in welcher Situation (nicht) zur Mobilisierung funktionieren und warum dies so ist (Kubicek et al. 2007; 2011; Macintosh et al. 2009; Macintosh/Coleman 2006; OECD/Forss 2005; Pratchet et al. 2009).

5. Herausforderungen der zukünftigen Forschung

Die Hauptaufgabe zukünftiger Forschung ist in der weiteren Klärung der Frage zu sehen, wann und warum sich Bürgerinnen und Bürger durch das Internet politisch beteiligen und wann und warum nicht. Damit dies gelingen kann, muss die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema stärker nach Anwendungen und Partizipationsform differenzieren, häufiger eine vergleichende Perspektive einnehmen und nicht zuletzt auch noch mehr auf Fallstudien zurückgreifen, wie hier im Einzelnen erläutert werden soll.

5.1 Differenzierung nach Anwendung und Partizipationsform

Die Mehrzahl der hier vorgestellten Studien hat die Rolle des Internets auf politische Partizipation untersucht, ohne dabei zwischen spezifischen Formaten von Online-Anwendungen zu differenzieren und ohne die Effekte für spezifische Formen von politischer Beteiligung zu untersuchen. Dies stellt insofern einen schwerwiegenden konzeptionellen Mangel dar, als dass es sich beim Internet zunächst lediglich um eine technische Infrastruktur handelt, die in vielfältiger Weise genutzt werden kann. In der Kommunikationswissenschaft wird hier unterschieden zwischen einem „Medium erster Ordnung“ und einem „Medium zweiter Ordnung“ (Beck 2006, 28), wobei das Internet als Medium erster Ordnung und seine konkreten Anwendungen wie E-Mail oder Blogs als Medien zweiter Ordnung zu verstehen sind. Die Vielzahl unterschiedlicher Nutzungsmöglichkeiten führt zu einer Vielzahl verschiedener Effekte. Die Forschung lässt vermuten, dass nicht nur bestimmte Anwendungen spezifische Effekte haben, sondern auch spezifische Websites differentielle Effekte haben können (Lupia/Philpot 2005; Pasek et al. 2009). Der Fokus der diskutierten Studien auf das Internet insgesamt fasst also eine ganze Reihe von Anwendungen zusammen, die in ihrer Wirkung potentiell gegenläufig sein könnten. Auf diese Weise lässt sich aber die Rolle der technischen Möglichkeiten nur schwer bestimmen, unter anderem auch aufgrund der Tatsache, dass die beobachteten Effekte – zumindest im Aggregat – sehr klein sind. In Bouliannes (2009) Metastudie erklären sie im Durchschnitt weniger als 3% der Varianz der politischen Partizipation. Sie sind damit schwierig zu messen und anfällig für kleinere Veränderungen der zu Grunde gelegten Modelle. So kommen in den von Boulianne (2009) analysierten Studien wiederholt unterschiedliche Forscher zu gegensätzlichen Ergebnissen hinsichtlich des Mobilisierungspotentials des Internets – und zwar auf der Grundlagen desselben Datensatzes.

Mit der fehlenden Differenzierung von Internetnutzung als unabhängiger Variable ging häufig auch eine undifferenzierte Sichtweise auf politische Partizipation als abhängige Variable einher. So wurden und werden häufig Auswirkungen auf politische Partizipation insgesamt untersucht. Als politisch aktiv gilt dabei jeder, der innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (mindestens) eine beliebige Aktivität aus einer definierten Zahl von politischen Partizipationsformen durchgeführt hat. Diese Vorgehensweise ignoriert die Erkenntnisse der politischen Partizipationsforschung, die bei unterschiedlichen Partizipationsformen jeweils differenzierte Partizipationsmuster ausgemacht hat (Moyser/Parry 1989; Steinbrecher 2009; Verba et al. 1995). Um die Frage nach dem Effekt der Technologie zu beantworten, muss man sich also sowohl auf eine bestimmte Form von Partizipation, als auch auf eine bestimmte Anwendung, die diese Partizipation online ermöglicht, festlegen. Dies erlaubt zum einen weitere Einflüsseffekte auszuschließen, und zum anderen ermöglicht es, konkreter nach den Mechanismen zu fragen, die diese Muster hervorbringen. Auf diese Problematik hat beispielsweise Bimber (2000) schon vor mehr als zehn Jahren hingewiesen und wie im Forschungsstand bereits ersichtlich wurde, setzt sich diese Perspektive mittlerweile in einer Reihe aktuellerer Studien durch (Bimber/Copeland 2013; Boulianne 2009; Cantijoch et al. 2011; Emmer et al. 2011; Oser et al. 2013; Polat 2005; Zittel/Freund 2011).

5.2 Vergleichende Forschung

Um von den hier geschilderten Erkenntnissen zu den Folgen von Online-Partizipation zu einer Theorie der Online-Partizipation zu gelangen, die diese Folgen in Abhängigkeit von bestimmten Faktoren definiert, ist eine stärkere vergleichende Perspektive notwendig. Bislang herrscht ein Mangel an vergleichender Forschung (Anduiza et al. 2012; Freschi et al. 2009; Leston-Bandeira et al. 2008). So gibt es beispielsweise noch zu wenig Langzeitanalysen, die einen Vergleich über die Zeit ermöglichen (Bimber/Copeland 2013; Emmer et al. 2011; Jennings/Zeitner 2003; Kroh/Neiss 2012; Shah et al. 2005), was nicht zuletzt auf die Dynamik des Wandels zurückzuführen ist (Vowe/Dohle 2007, 352). Ein weiterer Kritikpunkt ist darin zu sehen, dass die meisten Studien isoliert einzelne Länder oder einzelne Anwendungen betrachten, obwohl gerade in ihrem Vergleich wertvolle Hinweise liegen könnten, wie nicht nur die Technologie, sondern auch der Kontext wie das politische System und die politische Kultur die Möglichkeiten und Grenzen des Internets zur Mobilisierung beeinflussen. Deutlich wird dies beispielsweise bei Kubicek et al. (2011), die zwölf Online-Konsultationen mit unterschiedlichen Beteiligungsformaten (z.B. Bürgerhaushalte und Planungsverfahren) und in unterschiedlichen nationalen Kontexten vergleichen. Dabei wurde deutlich, dass die nachweisbaren positiven Effekte weniger von der eingesetzten Technik abhängen, als vielmehr von dem institutionellen Rahmen beeinflusst werden. Allerdings herrscht noch immer ein Mangel an solchen international vergleichenden Studien (eine frühe Ausnahme stellen Gibson et al. 2000 dar). Die existierenden Arbeiten konzentrieren sich vor allem auf die Nutzung des Internets zur Mobilisierung im Wahlkampf (Anstead/Chadwick 2009; Gibson/Cantijoch 2011; Jung-herr/Schoen 2013; Lilleker/Jackson 2011) oder auf die Nutzung neuer Medien

durch Abgeordneten und Regierungen anstatt der Bürger selbst (Chadwick/May 2003; Dai/Norton 2007; Hoff et al. 2000; Zittel 2010). Wie im Überblick des Forschungsstandes dokumentiert, beginnt sich diese Lücke langsam zu schließen, allerdings stehen vorrangig noch immer die USA und die Länder Westeuropas im Mittelpunkt der Betrachtung (für eine Ausnahme siehe Anduiza et al. 2012).

5.3 Nutzung von Fallstudien

Um konkretere Erkenntnisse zu den Bedingungsfaktoren erfolgreicher Mobilisierung zu gewinnen sind Studien nötig, die gezielt bestimmte Online-Anwendungen untersuchen und sich dabei nicht nur auf eine Analyse der Teilnehmer, sondern sich auch auf den Kontext der Partizipation beziehen. Fallstudien sind hier nicht zuletzt deswegen sinnvoll, weil die positivsten Ergebnisse für eine stärkere Mobilisierung – auch von bislang passiven Personen und auch aus Gruppen, die sich sonst eher unterdurchschnittlich beteiligen – in der Regel durch spezifische Online-Tools erzielt werden, die gezielt auf bestimmte Beteiligungsvorhaben abgestimmt sind (Coleman 2004; Escher 2013; Kubicek et al. 2011; Marschall/Schultze 2012). Schließlich wird die Relevanz der beobachteten Veränderungen in großen, nationalen Querschnittsstudien häufig gar nicht deutlich, wie Stanley und Weare (2004, 522) zu bedenken geben in ihrer Analyse einer Website für eine Gesetzeskonsultation der amerikanischen Transportbehörde:

„Finally, this work demonstrates the importance of seemingly small changes in political participation. The amount of participation mobilized by this experiment—little more than 100 individuals—is miniscule from a broad social perspective, all but invisible to standard statistical analysis of noisy, cross-sectional surveys. Nevertheless, the political effects of these seemingly small changes cannot be discounted. They increased the work-loads of agency managers, increased the range of issues, and potentially broadened the level of conflict that would have to be resolved.“

Allerdings fehlt es bislang an dezidierten Fallstudien, insbesondere solcher, die Partizipation aus Sicht der Nutzer untersuchen. Insgesamt sprechen Experten hier von einem „evaluation gap“ (Kubicek et al. 2011; Macintosh/Coleman 2006; Macintosh/Whyte 2008; OECD/Forss 2005; Pratchet et al. 2009). Bei den existierenden Studien handelt es sich um Pilotprojekte, die von kurzer Dauer und oft mangelnder Nutzung geprägt waren (Albrecht 2006; Carman 2006; Coleman 2004; IpsosMori/Carman 2008; Macintosh et al. 2005; Märker 2007; Muhlberger 2005; Pratchet et al. 2009; Riehm et al. 2013). Weiterhin haben diese Studien in der Regel top-down Projekte evaluiert, anstatt zivilgesellschaftliche Initiativen (Macintosh et al. 2009; Macintosh/Coleman 2007). Zur Erklärungsfindung wird dabei auch verstärkt über Befragungen und Nutzeranalysen hinaus gegangen werden müssen, z.B. durch gezielte Experimente, die unter kontrollierten Bedingungen einzelne potentielle Einflussvariablen untersuchen (Bond et al. 2012; Coleman et al. 2008; Lupia/Baird 2003; Margetts et al. 2011; Neblo et al. 2010).

6. Zusammenfassung

Moderne Informations- und Kommunikationstechnologien sind aus den heutigen Informations- und Wissensgesellschaften nicht mehr wegzudenken – und damit auch nicht aus dem politischen Bereich und dem für Demokratien neuralgischen Punkt der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen. Im Mittelpunkt dieses Artikels stand ein spezieller Aspekt der Rolle des Internets für die Politik: Die Rolle des Internets für Mobilisierung zu politischer Partizipation. Das Anliegen dieses Artikels war es, einen Überblick zu geben über die verbreiteten Erwartungen an die Rolle des Internets zur Mobilisierung für politische Partizipation, die grundlegenden Erkenntnisse bisheriger Studien zu den Mustern und Erklärungsfaktoren politischer Partizipation über und durch das Internet, sowie die Herausforderungen für zukünftige Forschungsarbeiten.

Dabei wurde deutlich, dass die Erkenntnisse der bisherigen empirischen Forschung in keiner Hinsicht den anfangs geäußerten Erwartungen hinsichtlich einer großen Mobilisierung entsprechen, aber auch nicht den Befürchtungen einer zunehmenden Apathie. Zittel und Freund (2011, 2) sprechen vom Widerspruch zwischen theoretischen Hoffnungen und empirischer Realität, gar von einem „Internet Paradox“. Die mittlerweile vielfältigen Erkenntnisse zeigen, dass die durch das Netz gegebenen Möglichkeiten in einer geringen Weise zu einer Mobilisierung von Personen zu Akten politischer Partizipation führen – sowohl online als auch offline. Von den Möglichkeiten des Internets machen zwar in höherem Maße diejenigen Bevölkerungsgruppen Gebrauch, die durch ihre Ausstattung an Ressourcen wie Bildung und Einkommen und ihren sozialen Status ohnehin häufiger partizipieren – allerdings sind die positiven Effekte nicht auf diese Gruppen beschränkt, wie zum Beispiel die Ergebnisse zur überdurchschnittlichen Partizipation von jüngeren Personen zeigen. Die Erklärungen setzen am Konzept des rationalen Wählers an und zeigen neben einem direkten Einfluss des Internets, das beispielsweise manche Partizipationskosten senkt, auch indirekte Wirkungen indem durch mehr Information auch neue Motivation zur Beteiligung geschaffen wird. Allerdings sind die Erklärungen noch unbefriedigend. Das betrifft insbesondere die Rolle des Kontextes von Partizipation, der entscheidend über die Ressourcen für und die Motivation zur Partizipation bestimmt. Um bessere Erklärungsmodelle zu liefern, muss die Forschung in Zukunft differenzierter auf die spezifische Nutzung der Technologie für spezifische Partizipationsformen eingehen. Weiterhin herrscht ein Mangel an zeitlich und räumlich vergleichender Forschung sowie an detaillierten Fallstudien, die Beteiligung nicht nur im Rahmen einer technischen Innovation, sondern im Kontext eines Beteiligungsprozesses betrachten.

Die Diskussion hier hat sich auf einige ausgewählte Aspekte beschränkt, die abschließend noch einmal deutlich gemacht werden sollen. Erstens hat die hier vorliegende Arbeit sich auf die Mikroebene konzentriert und dabei konkret die Rolle des Internets zur Mobilisierung von mehr Personen und atypischen Personen zu politischer Partizipation fokussiert. Durch die Möglichkeiten des Internets stellen sich jedoch auch Fragen auf Meso- und Makroebene wie zum Beispiel im

Zusammenhang mit den eingangs kurz genannten möglichen Veränderungen politischer Öffentlichkeit.

Zweitens geschah dies aus der Perspektive eines repräsentativen Demokratie-Modells, aus welchem sich der Fokus auf die Möglichkeiten des Internets zur Mobilisierung für politische Partizipation ableitet. Im Gegensatz dazu würden auf Grundlage eines direkten Demokratie-Modells eher die Möglichkeiten für die gemeinsame Abstimmung von großen Gruppen oder der Beitrag von Online-Medien zur informierten Entscheidungsfindung im Vordergrund stehen (Reedy/Wells 2009), während sich aus Sicht deliberativer Demokratie die Diskussion stärker auf die Potentiale und Hindernisse des Internets zur Schaffung der Bedingungen für anspruchsvolle Diskussion und Argumentation konzentriert müsste (siehe dazu beispielsweise Coleman/Blumler 2009).

Drittens, nutzte die vorliegende Arbeit eine relativ enge Definition von politischer Partizipation die sich sowohl von der Informationsbeschaffung und Kommunikation über Politik abgrenzt, als auch soziale Partizipation (z.B. im Rahmen von Sportvereinen oder Kirchen) außen vor lässt (Steinbrecher 2009, 27). Beide Bereiche werden jedoch durch vernetzte Medien fundamental transformiert und sind bereits in vielfältiger Art und Weise Gegenstand wissenschaftlicher Auseinandersetzung geworden.

Viertens erfolgte die Diskussion politischer Partizipation hinsichtlich eines spezifischen Effektes, namentlich der Mobilisierung. Allerdings ist die Rolle des Internets für politische Partizipation natürlich nicht nur auf die Frage beschränkt, ob es zusätzliche Personen zur Partizipation mobilisiert. So erfüllt politische Partizipation eine Vielfalt von Funktionen (für eine Übersicht siehe Steinbrecher 2009, 33), und für jede dieser Funktionen können die Möglichkeiten des Internets eine Rolle spielen. So können unabhängig von der Frage, wer und wie viele partizipieren, die Möglichkeiten des Internets dafür sorgen, dass Partizipation effizienter wird, dass die Aktiven und ihre Argumente besser gehört werden und dass Bürgerinnen und Bürger stärker Rückmeldungen von Repräsentanten auf die Ergebnisse ihrer Beteiligung bekommen, Partizipation durch zusätzliche Informationen die staatsbürgerliche Bildung verbessert oder Deliberation ermöglicht wird. All dies kann die Legitimation des politischen Systems verbessern oder eben auch verschlechtern, je nachdem wie Rückmeldung und Transparenz durch die Bürgerinnen und Bürger bewertet werden.

Schließlich standen – nicht zuletzt aufgrund der besseren Forschungslage – die Erkenntnisse aus Studien in etablierten Demokratien im Mittelpunkt. Allerdings wurde versucht, sich im Rahmen dieser Perspektive nicht ausschließlich auf den angelsächsischen Kontext zu beschränken, sondern die Befunde um Erkenntnisse insbesondere der deutschsprachigen Forschung zu erweitern. Trotz der dabei berücksichtigten Fülle an Literatur, ist eine selektive Auswahl (oder unter Umständen auch eine gelegentliche Auslassung) kaum zu vermeiden.

Die Gesamtschau der bisherigen Studien zeigt, dass die Hoffnungen auf eine größere Mobilisierung und zunehmende soziale Gleichheit sich nicht erfüllt haben. Dennoch wäre es verfrüht, das Potential digitaler Technologie zur Mobilisierung abschließend einschätzen zu wollen, und insbesondere die Potentiale zur Einbeziehung bislang unterrepräsentierter Gruppen komplett zu verwerfen

– zum einen, weil sich einige positive Effekte gerade auf Ebene der individuellen Motivation andeuten; zum anderen, weil es denkbar ist, dass sich diese und andere Effekte des Internets erst nach einer gewissen Zeit manifestieren.

Trotz der Vielfalt an Studien wird das Forschungsfeld Internet und politische Partizipation auch in Zukunft weiter wachsen. Die hier dokumentierten Lücken im Wissen um Gründe für und Effekte von Internet-induzierter politischer Beteiligung sind dafür nur ein Grund. Darüber hinaus ist nicht davon auszugehen, dass sich der Reformdruck auf repräsentative Demokratie in absehbarer Zeit verringern wird. Die Erfahrungen der letzten dreißig Jahre lassen erwarten, dass die weiter zunehmende technische Vernetzung auch in Zukunft als eine wichtige Möglichkeit zur Adressierung dieser Probleme in Betracht kommt. Nicht zuletzt geht die Entwicklung der Technologie derart schnell vonstatten, dass auch bereits bestehende Erkenntnisse immer wieder anhand der neuen Möglichkeiten überprüft werden müssen. Allerdings lassen die hier angedeuteten Erklärungen für die bisher eher moderaten Online-Effekte es plausibel erscheinen, dass der technische Wandel auch in Zukunft nicht zu dramatischen Veränderungen der politischen Partizipation führen wird. Stattdessen werden mit ihm graduelle – aber nicht notwendigerweise weniger nachhaltige – Veränderungen verbunden sein.

Bibliographie

- Agre, P. E. (2002), Real-Time Politics: The Internet and the Political Process, in: *The Information Society* 18, 311–331
- Albrecht, S. (2006), Whose Voice Is Heard in Online Deliberation? A Study of Participation and Representation in Political Debates on the Internet, in: *Information, Communication & Society* 9, 62–82
- Almond, G./S. Verba (1963), *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton
- Anduiza, E./M. J. Jensen/L. Jorba (2012), *Digital Media and Political Engagement Worldwide. A Comparative Study*, Cambridge
- Anstead, N./A. Chadwick (2009), Parties, Election Campaigning, and the Internet. Toward a Comparative Institutional Approach, in: Chadwick, A./P. N. Howard (eds.), *The Routledge Handbook of Internet Politics*, Abingdon
- Barber, B. (1998), Three Scenarios for the Future of Technology and Strong Democracy, in: *Political Science Quarterly* 113, 573–589
- Barber, B. R. (1984), *Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age*, Berkeley
- (1997), The New Telecommunications Technology: Endless Frontier or the End of Democracy?, in: *Constellations* 4, 208–228
- Barlow, J. P. (1996), *A Declaration of the Independence of Cyberspace*, URL: <http://homes.eff.org/barlow/Declaration-Final.html>
- Barnes, S. (1979), *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills
- Beck, k. (2006), *Computervermittelte Kommunikation im Internet*, München
- Best, S. J./B. S. Krueger (2005), Analyzing the Representativeness of Internet Political Participation, in: *Political Behavior* 27, 183–216

- Bimber, B. (2000), The Study of Information Technology and Civic Engagement, in: *Political Communication* 17, 329–333
- (2001), Information and Political Engagement in America: The Search for Effects of Information Technology at the Individual Level, in: *Political Research Quarterly* 54, 53–67
- (2003), *Information and American Democracy: Technology in the Evolution of Political Power*, Cambridge
- /L. Copeland (2013), Digital Media and Traditional Political Participation Over Time in the U.S., in: *Journal of Information Technology & Politics* 10, 125–137
- Bödeker, S. (2012), *Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland*, OBS Arbeitspapier, Frankfurt
- Böhnke, P. (2011), Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2, 18–25
- Bond, R. M./C. J. Fariss/J. J. Jones/A. D. I. Kramer/C. Marlow/J. E. Settle/J. H. Fowler (2012), A 61-Million-Person Experiment in Social Influence and Political Mobilization, in: *Nature* 489(7415), 295–298
- Bonfadelli, H. (2002), The Internet and Knowledge Gaps, in: *European Journal of Communication* 17, 65–84
- Boulianne, S. (2009), Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research, in: *Political Communication* 26, 193–211
- (2011), Stimulating or Reinforcing Political Interest: Using Panel Data to Examine Reciprocal Effects Between News Media and Political Interest, in: *Political Communication* 28, 147–162
- Buchstein, H. (1996), Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 44, 583–607
- Budge, I. (1996), *The New Challenge of Direct Democracy*, Cambridge
- Cantijoch, M./D. Cutts/R. Gibson (2011), *Participating in the 2010 UK E-Campaign: Who Engaged, How, and with what Effect?*, ECPR General Conference, Reykjavik
- Carman, C. J. (2006), The Assessment of the Scottish Parliament's Public Petitions System 1999–2006, in: Parliament, T. S. (ed.), *SP Paper* 654, Edinburgh, Scottish Parliament Information Centre for the Public Petitions Committee
- Chadwick, A. (2011), Explaining the Failure of an Online Citizen Engagement Initiative: The Role of Internal Institutional Variables, in: *Journal of Information Technology & Politics* 8, 21–40
- /P. N. Howard (2009a), Introduction: New Directions in Internet Politics Research, in: Chadwick, A./P. N. Howard (eds.), *Routledge Handbook of Internet Politics*, London, 1–9
- /— (2009b), *Routledge Handbook of Internet Politics*, London
- /C. May (2003), Interaction between States and Citizens in the Age of the Internet: „e-Government“ in the United States, Britain, and the European Union, in: *Governance* 16, 271–300
- Coleman, R./P. Lieber/A. L. Mendelson/D. D. Kurpius (2008), Public Life and the Internet: If You Build a Better Website, Will Citizens Become Engaged?, in: *New Media & Society* 10, 179–201
- Coleman, S. (2004), Connecting Parliament to the Public via the Internet, in: *Information, Communication and Society* 7, 1–22
- /J. G. Blumler (2009), *The Internet and Democratic Citizenship: Theory, Practice and Policy*, Cambridge–New York

- Colombo, C./C. Galais/A. Gallego (2012), Internet Use and Political Attitudes in Europe, in: Anduiza, E./M. J. Jensen/L. Jorba (eds.), *Digital Media and Political Engagement Worldwide*, Cambridge, 102–117
- Curtice, J./P. Norris (2004), E-politics? The Impact of the Internet on Political Trust and Participation, in: Park, A./J. Curtice/K. Thomson/C. Bromley/M. Phillips (eds.), *British Social Attitudes. The 21st Report*, London, 99–118
- Dahl, R. A. (1989), *Democracy and Its Critics*, Yale
- Dahlberg, L. (2011), Re-Constructing Digital Democracy: An Outline of Four 'Positions', in: *New Media & Society* 13, 855–872
- Dahlgren, P. (2005), The Internet, Public Spheres, and Political Communication: Dispersion and Deliberation, in: *Political Communication* 22, 147–162
- Dai, X./P. Norton (2007), The Internet and Parliamentary Democracy in Europe, in: *The Journal of Legislative Studies* 13, 342
- Deth, J. W. van (2006), Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, D./F. Müller-Rommel (Hg.), *Vergleichende Politikwissenschaft*, Wiesbaden, 167–187
- Di Gennaro, C./W. Dutton (2006), The Internet and the Public: Online and Offline Political Participation in the United Kingdom, in: *Parliamentary Affairs* 59, 299–313
- DiMaggio, P./E. Hargittai/W. R. Neuman/J. P. Robinson (2001), Social Implications of the Internet, in: *Annual Review of Sociology* 27, 307–336
- Dutton, W. H. (1992), Political Science Research on Teledemocracy, in: *Social Science Computer Review* 10, 505–522
- Emmer, M./G. Vowe/J. Wolling (2011), *Bürger online: Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*, Konstanz
- Escher, T. (2013), *Das Mobilisierungspotential von Bürgerbeteiligung über das Internet: Ein Vergleich zwischen Deutschland und Großbritannien am Beispiel der Kontaktaufnahme mit Abgeordneten*, Tagung des AK-Demokratieforschung, Hagen
- Faas, T./J. Partheymüller (2011), Aber jetzt?! Politische Internetnutzung in den Bundestagswahlkämpfen 2005 und 2009, in: Schweitzer, E. J./S. Albrecht (Hg.), *Das Internet im Wahlkampf*, Wiesbaden, 119–135
- Freschi, A./R. Medaglia/J. Nørbjerg (2009), A Tale of Six Countries: eParticipation Research from an Administration and Political Perspective, in: Macintosh, A./E. Tambouris (eds.), *Electronic Participation* Bd. 5694, Linz–Berlin–Heidelberg, 36–45
- Fuchs, D. (2007), Participatory, Liberal and Electronic Democracy, in: Zittel, T./D. Fuchs (eds.), *Participatory Democracy and Political Participation: Can Participatory Engineering Bring Citizens Back In?*, London, 29–54
- Füting, A. (2010), Werden wir alle zu 'bequemen Modernen'? Ein Vergleich der Typen politischer Kommunikation von 2003 und 2008, in: Emmer, M./M. Seifert/J. Wolling (Hg.), *Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess*, München, 130–190
- Geissel, B./K. Newton (2012), *Evaluating Democratic Innovations: Curing the Democratic Malaise?*, London–New York
- Gibson, R./M. Cantijoch (2011), Comparing Online Elections in Australia and the UK: Did 2010 Finally Produce „the“ Internet Election?, in: *Communication, Politics & Culture* 44, 4–17
- /P. E. N. Howard/S. Ward (2000), *Social Capital, Internet Connectedness & Political Participation: A Four-Country Study*, paper presented at the XVIII World Congress of the International Political Science Association, Quebec

- /W. Lusoli/S. Ward (2005), Online Participation in the UK: Testing a 'Contextualised' Model of Internet Effects, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 7, 561–583
- Gil De Zuniga, H./E. Puig-I-Abril/H. Rojas (2009), Weblogs, Traditional Sources Online and Political Participation: An Assessment of How the Internet Is Changing the Political Environment, in: *New Media & Society* 11, 553–574
- Grossman, L. K. (1995), *The Electronic Republic: Reshaping Democracy in the Information Age*, New York
- Grunwald, A./G. Banse/C. Coenen/L. Hennen (2006), *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im InternetStudien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag*, Berlin
- Habermas, J. (1992), *Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, 2. Aufl., Frankfurt
- Hansard Society (2012), *Audit of Political Engagement 9: Part One*, London
- Hardy, B./D. Scheufele (2005), Examining Differential Gains from Internet Use: Comparing the Moderating Role of Talk and Online Interactions, in: *Journal of Communication* 55, 71–84
- Hoff, J./I. Horrocks/P. Tops (2000), *Democratic Governance and New Technology*, London
- Inglehart, R. (1999), Postmodernization Erodes Respect for Authority, but Increases Support for Democracy, in: Norris, P. (ed.), *Critical Citizens – Global Support for Democratic Government*, Oxford, 236–256
- IpsosMori/C. J. Carman (2008), *Engaging the Public in the Scottish Parliament's Petitions Process*, Edinburgh, Scottish Parliament Public Petitions Committee
- Jäckel, M. (2010), Was unterscheidet Mediengenerationen?, in: *Media Perspektiven* 5, 247–257
- Jennings, M. K./V. Zeitner (2003), Internet Use and Civic Engagement: A Longitudinal Analysis, in: *Public Opinion Quarterly* 67, 311–334
- Johnson, T. J./B. K. Kaye (2003), A Boost or Bust for Democracy?, in: *The International Journal of Press/Politics* 8, 9–34
- Jorba, L./B. Bimber (2012), The Impact of Digital Media on Citizenship from a Global Perspective, in: Anduiza, E./M. J. Jensen/L. Jorba (eds.), *Digital Media and Political Engagement Worldwide*, Cambridge, 16–55
- /M. J. Jensen/E. Anduiza (2012), Conclusion, in: Anduiza, E./M. J. Jensen/L. Jorba (eds.), *Digital Media and Political Engagement Worldwide*, Cambridge, 240–252
- Jungherr, A./H. Schoen (2013), *Das Internet in Wahlkämpfen*, Wiesbaden
- Keen, A. (2007), *The Cult of the Amateur*, New York
- Kenski, K./N. Stroud (2006), Connections between Internet Use and Political Efficacy, Knowledge, and Participation, in: *Journal of Broadcasting & Electronic Media* 50, 173–192
- Krauch, H. (1972), *Computer-Demokratie*, Düsseldorf
- Kroh, M./H. Neiss (2012), On the Causal Nature of the Relationship between Internet Access and Political Engagement: Evidence from Germany, in: Anduiza, E./M. J. Jensen/L. Jorba (eds.), *Digital Media and Political Engagement Worldwide*, Cambridge, 160–176
- Kubicek, H. (2010), The Potential of E-Participation in Urban Planning: A European Perspective, in: Silva, C. N. (ed.), *Handbook of Research on E-Planning* Bd. 5, New York, 168–194

- /B. Lippa/A. Koop (2011), *Erfolgreich beteiligt? Nutzen und Erfolgsfaktoren internetgestützter Bürgerbeteiligung – Eine empirische Analyse von 12 Fallbeispielen*, Gütersloh
- /—/H. Westholm (2007), *Deliverable 6.1 Report on State of the Art Approaches, Relevant Disciplines, Key Researchers, and Socio-technical Research Issues*, DEMO-net: The Democracy Network
- Laudon, K. C. (1977), *Communications Technology and Democratic Participation*, New York
- Leston-Bandeira, C./S. Ward/M. Francoli/T. Zittel/P. Norton/D. Roy/D. Tinley (2008), *Parliaments in the Digital Age*, Forum Discussion Paper No. 13, Oxford, Oxford Internet Institute
- Lijphart, A. (1997), Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma, in: *The American Political Science Review* 91, 1–14
- Lilleker, D. G./N. A. Jackson (2011), Elections 2.0: Comparing E-Campaigns in France, Germany, Great Britain and the United States, in: Schweitzer, E. J./S. Albrecht (Hg.), *Das Internet im Wahlkampf*, Wiesbaden, 96–116
- Lupia, A./Z. Baird (2003), Can Web Sites Change Citizens? Implications of Web White and Blue 2000, in: *Political Science and Politics* 36, 77–82
- /T. S. Philpot (2005), Views from inside the Net: How Websites Affect Young Adults' Political Interest, in: *Journal of Politics* 67, 1122–1142
- Lusoli, W./S. Ward (2005), Logging on or Switching off? The Public and the Internet at the 2005 General Election, in: Coleman, S. (ed.), *Spinning the Web: Online Campaigning during the 2005 General Election*, London, 13–21
- Macedo, S. (2005), *Democracy at Risk: How Political Choices Undermine Citizen Participation and What We Can Do about It*, Washington
- Macintosh, A./S. Coleman (2006), *Multidisciplinary Roadmap and Report on eParticipation Research*, DEMO-Net Deliverable 4.2
- /— (2007), *eParticipation Research Direction Based on Barriers, Challenges and Needs*, DEMO-Net Deliverable 12.3
- /—/A. Schneeberger (2009), eParticipation: The Research Gaps, in: Macintosh, A./E. Tambouris (eds.), *Electronic Participation* Bd. 5694, Linz–Berlin–Heidelberg, 1–11
- /A. Whyte (2008), Universities of Leeds, Sheffield and York, in: *Transforming Government: People, Process & Policy*, 2, 16–30
- /—/A. Renton (2005), eDemocracy from the Top Down: An Evaluation of eDemocracy Activities Initiated by Councils and Government, in: Bristol City Council (ed.), *The Local eDemocracy National Project*
- Margetts, H./P. John/T. Escher/S. Reissfelder (2011), Social Information and Political Participation on the Internet: An Experiment, in: *European Political Science Review* 3, 321–344
- Margolis, M. (2000), *Politics as Usual: The Cyberspace 'Revolution'*, Thousand Oaks
- Märker, O. (2007), Evaluation von E-Partizipation am Beispiel online-moderierter Verfahren, in: Okpue, C./Stiftung MITARBEIT (Hg.), *E-Partizipation: Beteiligungsprojekte im Internet*, Bonn, 252–281
- Marr, M./N. Zillien (2010), Digitale Spaltung, in: Schweiger, W./K. Beck (Hg.), *Handbuch Online-Kommunikation*, Wiesbaden, 257–282
- Marschall, S. (2011), Wahlen, Wähler, Wahl-O-Mat, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4, 40–46

- /M. Schultze (2012), Normalisierung oder Mobilisierung? – Die Auswirkungen politischer Online-Kommunikation auf die Wahlbeteiligung am Beispiel einer Internet-Applikation zur Bundestagswahl 2009, in: *Politische Vierteljahresschrift* 53, 444–466
- Merkel, W./A. Petring (2011), Partizipation und Inklusion, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), *Demokratie in Deutschland*, Berlin, 1–29
- Morozov, E. (2011), *The Net Delusion: The Dark Side of Internet Freedom*, New York
- Mossberger, K./C. J. Tolbert/R. S. McNeal (2008), *Digital Citizenship: The Internet, Society, and Participation*, Google eBook
- Moyser, G. N./G. Parry (1989), *Political Participation in Britain, 1984–1985: National and Community Studies*, Colchester
- Muhlberger, P. (2005), *Virtual Agora Project Report: Deliberated Views Regarding School Consolidation and Educational Improvements in Pittsburgh*, Pittsburgh
- Neblo, M. A./K. M. Esterling/R. P. Kennedy/D. M. J. Lazer/A. E. Sokhey (2010), Who Wants to Deliberate – and Why?, in: *American Political Science Review* 104, 566–583
- Negroponte, N. (1995), *Being Digital*, New York
- Noam, E. M. (2005), Why the Internet Is Bad for Democracy, in: *Commun. ACM* 48, 57–58
- Norris, P. (1999), *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government Director*, Bd. 1, Oxford
- (2000), *A Virtuous Circle: Political Communications in Postindustrial Societies. Communication, Society, and Politics*, Cambridge
- (2001), *Digital Divide: Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*, Cambridge
- Norris, P./J. Curtice (2008), Getting the Message out: A Two-Step Model of the Role of the Internet in Campaign Communication Flows during the 2005 British General Election, in: *Journal of Information Technology & Politics* 4, 3–13
- OECD/K. Forss (2005), *Evaluating Public Participation in Policy Making*, Paris
- Oser, J./M. Hooghe/S. Marien (2013), Is Online Participation Distinct from Offline Participation?, in: *Political Research Quarterly* 66, 91–101
- Palfrey, J. G./U. Gasser (2008), *Born Digital. Understanding the First Generation of Digital Natives*, New York
- Pariser, E. (2011), *The Filter Bubble: What The Internet Is Hiding From You*, London
- Parry, G./G. Moyser/N. Day (1992), *Political Participation and Democracy in Britain*, Cambridge
- Pasek, J./E. More/D. Romer (2009), Realizing the Social Internet? Online Social Networking Meets Offline Civic Engagement, in: *Journal of Information Technology & Politics* 6, 197–215
- Pateman, C. (1970), *Participation and Democratic Theory*, Cambridge
- Polat, R. K. (2005), The Internet and Political Participation, in: *European Journal of Communication* 20, 435–459
- Pratchet, L./C. Durose/V. Lowndes/G. Smith/G. Stoker/C. Wales (2009), *Empowering Communities to Influence Local Decision Making. A Systematic Review of Evidence Governance*, London
- Prior, M. (2005), News vs. Entertainment: How Increasing Media Choice Widens Gaps in Political Knowledge and Turnout, in: *American Journal of Political Science* 49, 577–592
- Putnam, R. (2000), *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*, New York

- Quan-Haase, A./B. Wellman/J. Witte/K. N. Hampton (2002), Capitalizing on the Net. Social Contact, Civic Engagement, and Sense of Community, in: Wellman, B./C. A. Haythornthwaite (eds.), *The Internet in Everyday Life*, Oxford, 292–324
- Quintelier, E./S. Vissers (2008), The Effect of Internet Use on Political Participation, in: *Social Science Computer Review* 26, 411–427
- Reedy, J./C. Wells (2009), Information, the internet, and Direct Democracy, in: Chadwick, A./P. N. Howard (eds.), *Routledge Handbook of Internet Politics*, Abingdon, 157–172
- Rheingold, H. (1993), *The Virtual Community: Homesteading on the Electronic Frontier*, Reading
- Rice, R. E./J. E. Katz (2004), The Internet and Political Involvement in 1996 and 2000, in: Howard, P. E. N./S. Jones (eds.), *Society Online. The Internet in Context*, Thousand Oaks, 103–120
- Riehm, U./K. Böhle/R. Lindner (2013), *Elektronische Petitionssysteme. Analysen zur Modernisierung des parlamentarischen Petitionswesens in Deutschland und Europa-Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag*, Berlin
- Schäfer, A. (2010), Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 4, 131–156
- Scherer, H. (1998), Partizipation für alle?, in: Rössler, P. (Hg.), *Online-Kommunikation*, Opladen, 171–188
- Scheufele, D. A./M. C. Nisbet (2002), Being a Citizen Online: New Opportunities and Dead Ends, in: *Harvard International Journal of Press/Politics* 7, 55–75
- Schlozman, K. L./S. Verba/H. E. Brady (2010), Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet, in: *Perspectives on Politics* 8, 487–509
- Shah, D. V./J. Cho/W. P. J. R. Eveland/N. Kwak (2005), Information and Expression in a Digital Age: Modeling Internet Effects on Civic Participation, in: *Communication Research* 32, 531–565
- Siedschlag, A. (2003), Politologische Annäherungen an die digitale Demokratie – Ein Kommentar zum Forschungsstand, in: Rogg, A. (Hg.), *Wie das Internet die Politik verändert*, Opladen, 9–19
- /A. Rogg/C. Welzel] (2002), *Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet*, Opladen
- Smith, A. (2009), *The Internet's Role in Campaign 2008*, Washington
- /K. Schlozman/S. Verba/H. Brady (2009), *The Internet and Civic Engagement*, Washington
- Stanley, J. W./C. Weare (2004), The Effects of Internet Use on Political Participation: Evidence from an Agency Online Discussion Forum, in: *Administration & Society* 36, 503–527
- Steinbrecher, M. (2009), *Politische Partizipation in Deutschland*, Baden-Baden
- Sunstein, C. R. (2001), *Republic.com*, Princeton–Oxford
- Tolbert, C. J./R. S. McNeal (2003), Unraveling the Effects of the Internet on Political Participation?, in: *Political Research Quarterly* 56, 175–185
- Vaccari, C. (2012), Online Partizipation in Italy: Contextual Influences and Political Opportunities, in: Anduiza, E./M. J. Jensen/L. Jorba (eds.), *Digital Media and Political Engagement Worldwide*, Cambridge, 138–159
- Van Dijk, J. (2005), *The Deepening Divide: Inequality in the Information Society*, Thousand Oaks

- (2012), The Evolution of the Digital Divide. The Digital Divide turns to Inequality of Skills and Usage, in: Bus, J./M. Crompton/M. Hildebrandt (eds.), *Digital Enlightenment Yearbook 2012*, 57–75
- Verba, S./K. L. Schlozman/H. E. Brady (1995), *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*, Cambridge
- Vowe, G./M. Dohle (2007), Politische Kommunikation im Umbruch – neue Forschung zu Akteuren, Medieninhalten und Wirkungen, in: *Politische Vierteljahresschrift* 48, 338–359
- /G. Wersig (1983), Kabeldemokratie? Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und technischer Innovation im Kommunikationsbereich, in: Wersig, G. (Hg.), *Informatisierung und Gesellschaft*, München, 270–284
- Ward, S./R. Gibson/W. Lusoli (2003), Online Participation and Mobilisation in Britain: Hype, Hope and Reality, in: *Parliamentary Affairs* 56, 652–668
- /T. Vedel (2006), Introduction: The Potential of the Internet Revisited, in: *Parliamentary Affairs* 59, 210–225
- Weber, L. M./A. Loumakis/J. Bergman (2003), Who Participates and Why?, in: *Social Science Computer Review* 21, 26–42
- Wellman, B./A. Q. Haase/J. Witte/K. Hampton (2001), Does the Internet Increase, Decrease, or Supplement Social Capital? Social Networks, Participation, and Community Commitment, in: *American Behavioral Scientist* 45, 436–455
- Winkel, O. (2001), Die Kontroverse um die demokratischen Potenziale der interaktiven Informationstechnologien – Positionen und Perspektiven, in: *Publizistik* 46, 140–161
- Xenos, M./P. Moy (2007), Direct and Differential Effects of the Internet on Political and Civic Engagement, in: *Journal of Communication* 57, 704–718
- Zittel, T. (2010), *Mehr Responsivität durch neue digitale Medien? Die elektronische Wählerkommunikation von Abgeordneten in Deutschland, Schweden und den USA*, Baden-Baden
- /E. Freund (2011), *Electoral Participation on the Internet – Mobilizing the Mobilized or Bringing Citizens Back in*, ECPR General Conference, Reykjavik